

Tanja Ernst (Kassel)

Jenseits altbekannter Pfade: Liberale Demokratie unter Druck. Das Beispiel Bolivien

Ausgehend vom wachsenden Spannungsverhältnis zwischen dem weiterhin bestehenden Universalitätsanspruch und der offenkundigen Legitimationskrise des weltweit nach wie vor dominanten liberal-demokratischen Leitbildes problematisiert der Artikel, wie sich soziale Ungleichheiten respektive mangelnde Umverteilung und fehlende Anerkennung in postkolonialen Gesellschaften auf die demokratische Teilhabe von gesellschaftlichen Mehrheiten auswirken. Am Beispiel des bolivianischen Transformationsprozesses wird dargelegt, dass die Demokratisierung der bolivianischen Demokratie nicht länger nur auf die verbesserte Inklusion der bisher Ausgeschlossenen ins herrschende System zielt. Anknüpfend an die Überlegungen von Nancy Fraser zur partizipatorischen Parität wird dabei untersucht, inwiefern sich eine grundlegende Transformation der gesellschaftspolitischen Spielregeln andeutet, die zukünftig die Vielfalt demokratischer Praxen und Verfahren erlaubt und somit über das liberal-demokratische Paradigma hinausweist.

Keywords: Demokratie, Transformation, Dekolonisierung, Ungleichheit, Pluralität
Democracy, transformation, decolonization, inequality, plurality

1. Einleitung

Der Artikel stellt die Angemessenheit des universal gedachten liberalen Demokratiemodells infrage und untersucht inwieweit sich in Bolivien gegenwärtig eine Transformation der gesellschaftspolitischen Spielregeln und des liberal-repräsentativen Demokratiemodells abzeichnet, die qualitativ über das liberale Ideal hinausweist.

Im Fokus des Beitrags steht die These, dass der gesellschaftspolitische Kampf – insbesondere der indigenen Bewegungen – nicht länger ‚nur‘ auf eine *Integration* ins herrschende System zielt. Statt kulturelle Sonderrechte im Schoße des liberalen Institutionensystems zu fordern, steht aktuell die *Transformation* des liberal-demokratischen Herrschaftsmodells an sich auf der Agenda. Den Kern dieser Forderungen bildet der Wunsch nach einer Dekolonisierung der Demokratie. Diese umfasst zweierlei: zum einen die *Demokratisierung der Demokratie* im Sinne einer Ausweitung politischer Partizipation und sozialer Teilhabe und zum anderen die gleichberechtigte institutionelle Anerkennung indigener Organisations- und Entscheidungsstrukturen. Damit verbunden ist die Suche nach Möglichkeiten der *Institutionalisierung demokratischer Pluralität* im Sinne einer Komplementarität unterschiedlicher demokratischer Verfahren und Institutionen (vgl. Sousa Santos 2004).

Der Artikel gibt einleitend eine kurze Begriffsdefinition liberaler Demokratie und skizziert die jüngeren Umstände ihrer Dominanz in Theorie und Praxis. Im Hauptteil werden – angelehnt an die von Nancy Fraser entwickelten Dimensionen Umverteilung, Anerkennung und Repräsentation¹ – staatliche Reformen in Bolivien auf ihren potenziellen Beitrag zur „partizipatorischen

Parität“ hin geprüft (ebd. [1997] 2001). Dies geschieht am Beispiel der neuen Verfassung und des Wahlrechtes (nationale Ebene) sowie anhand der indigenen Autonomien (lokale Ebene). So wird exemplarisch geprüft, ob seit der Amtsübernahme von Evo Morales im Januar 2006 neue Institutionen und demokratische Verfahren eingeführt wurden, die über das liberale Paradigma hinausweisen und eine verbesserte Teilhabe subalternen Gruppen erkennen lassen.

2. Liberale Demokratie: Theorie und Praxis einer globalen Blaupause

Die Ablösung des monarchistisch-feudalen Obrigkeitsstaates durch den liberalen Rechtsstaat und die Einführung der Gewaltenteilung gingen in Europa mit der Durchsetzung von nationalstaatlich verfassten, bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaftsformationen einher, die sich wesentlich auf den Schutz des Privateigentums und die staatlich gesicherte Durchsetzung des Vertragsrechtes gründeten. Historisch betrachtet sind Kapitalismus und liberale Demokratie eng miteinander verschränkt (Hirsch 2005).

Mit dem liberalen Paradigma wird im Folgenden ein formal-institutioneller, enger Demokratiebegriff verbunden, der im Wesentlichen an das Polyarchie-Konzept von Robert A. Dahl (1971) anknüpft.² Liberale Demokratie meint die Begrenzung staatlicher Macht, die Trennung von Öffentlichem und Privatem, formale Rechtsgleichheit, die Sicherung von individueller Freiheit und Privatbesitz und die Herstellung gesamtgesellschaftlich bindender Entscheidungen über demokratisch legitimierte Verfahren und Institutionen. Liberale Demokratie bleibt dabei auf die Sphäre politischer Entscheidungsfindung begrenzt. Vorherrschend sind zudem repräsentative Formen und Verfahren sowie eine Professionalisierung und Technokratisierung von politischer Entscheidungsfindung (Schultze 2004, 125). Ökonomisch wird liberale Demokratie implizit oder explizit mit Marktwirtschaft verbunden. Stärker als die Input-Dimensionen politischer Partizipation stehen zudem Output-Dimensionen, d.h. die Effizienz, Leistungsfähigkeit und Stabilität des demokratischen Systems im liberal-demokratiethoretischen Fokus (kritisch dazu: Buchstein/Jörke 2003).

Seinen weltweiten Siegeszug trat das liberal-repräsentative Demokratiemodell nach dem Zweiten Weltkrieg an. Aber erst mit dem Zusammenbruch der staatssozialistischen Systeme und dem Ende ideologischer Blockbildung nahm es die Gestalt eines expliziten Leitbildes an, das sich global als normativer sowie empirischer Bewertungsmaßstab für die Re-Demokratisierungsprozesse der sogenannten „dritten Welle“ (Huntington 1991) durchsetzte. Dabei sorgt „der stillschweigende Maßstab Europa“ dafür, dass die demokratischen Entwicklungen im globalen Süden mit eurozentristischen Normen gemessen und somit quasi automatisch in der Logik des Mangels, der Unzulänglichkeit, des Scheiterns und der Rückständigkeit betrachtet werden (Charabarty 2002; vgl. auch Collier/Levitzky 1997).

In den meisten Ländern Lateinamerikas erfolgte der demokratische Übergang paktiert. So gingen ihm Interessenabsprachen zwischen den zentralen gesellschaftlichen Akteuren und Akteurinnen (Militär, Kirche etc.) und den nationalen Eliten voraus und die Transitionsprozesse wurden überwiegend von international ausgebildeten TechnokratInnen angeleitet und umgesetzt (Wolff 2009, 248–251 u. 260f.). Die demokratiethoretisch dominante Transitions- und Konsolidierungsforschung konzentrierte sich fast ausschließlich auf das institutionell-prozedurale Design, die Defekte und die fragile Stabilität der neuen Demokratien und vertrat ein im Schumpeter'schen Sinne auf Eliten und traditionelle Parteien fokussiertes Akteursverständnis.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die unerwartete Stabilität der Re-Demokratisierung

in Lateinamerika auf der substanziellen Aushöhlung der Demokratie basierte, die sich am deutlichsten über die international verordnete Gleichzeitigkeit politischer und ökonomischer Liberalisierung illustrieren lässt (Kohli 1993). Die Durchsetzung des neoliberalen Paradigmas wurde der parlamentarischen Mitsprache und Kontrolle sowie der öffentlichen Willens- und Meinungsbildung in aller Regel entzogen (Meschkat 1995, 17f.).³ Als Folge des Abbaus staatlicher Stellen und der Austeritätspolitik wurden die traditionell korporatistischen Inklusionsmechanismen systematisch abgebaut und in Bolivien bspw. gezielt genutzt, um die Macht des kämpferischen Bergbaugewerkschaftsdachverbandes zu schwächen.⁴

3. Formale Gleichheit vs. materielle Verhältnisse

Die tief greifenden Umstrukturierungen verschärften die ohnehin prekäre sozioökonomische Lage der subalternen Gruppen in der Region (Mesa Lago 2004), so dass – trotz fairer und freier Wahlen sowie erweiterter politischer Freiheiten – große Teile der Bevölkerung politisch nicht repräsentiert waren und die gesellschaftliche Teilhabe von Mehrheiten auch unter demokratischen Vorzeichen faktisch begrenzt blieb (O'Donnell 1999).

Dabei gilt das universale Wahlrecht Liberalen als verlässlichstes Instrument, um unabhängig von der sozialen Lage eine annähernd gleichberechtigte politische Entscheidungsbeteiligung zu gewährleisten (Schäfer 2010, 133). Die Einführung – im Falle Boliviens bereits 1952 – war und ist aber *nicht* gleichbedeutend damit, dass alle dieses Recht auch in Anspruch nehmen können. Die politische Partizipationsforschung verweist neben sozioökonomischen und Bildungsbarrieren (Barnes/Kaase 1979) auch darauf, dass die Betroffenen über ihre Rechte und das Funktionieren des politischen Systems informiert sein müssen, um diese aktiv in Anspruch nehmen zu können.⁵ Wer wählen will, muss eine Geburtsurkunde besitzen, um weitere Dokumente beantragen und sich ins Wahlregister eintragen zu können. Die Beschaffung dieser Ausweisdokumente ist – vor allem in ländlich abgelegenen Regionen – häufig mit einem hohen Zeit- und Kostenaufwand und viel Bürokratie verbunden, was dazu führt, dass WählerInnen abwägen, ob sich der Aufwand für sie lohnt. Zumal sich diese WählerInnen durch die traditionellen Parteien und ihre Programme häufig nicht angesprochen und vertreten fühlen.

Die Entwicklung der Wahlbeteiligung in Bolivien bestätigt diese Aussagen. Lag die Wahlbeteiligung zu Beginn der demokratischen Transition 1982 noch bei 65%, pendelte sie sich zwischen 1989 und 1997 – trotz Wahlpflicht – im Durchschnitt bei 54% ein (Madrid 2007, 4f.). Gemäß der Volkszählung von 1992 besaßen in den ländlichen Regionen Boliviens ohnehin nur 52,8% der Männer und nur 37,8% der Frauen die notwendigen Papiere, um wählen zu können (Ticona et al. 1995, 184). Die geringe Wahlbeteiligung spiegelt aber auch die frühe Unzufriedenheit der WählerInnen mit der Politik der traditionellen Parteien wider. So machten in mehrheitlich von Indigenen bewohnten Wahlkreisen zwischen 1985 und 1997 nur rund 40% der Wahlberechtigten von ihrem Stimmrecht Gebrauch (Madrid 2007, 5f.).

Entgegen einer der Grundannahmen des liberalen *mainstreams* lässt sich folglich argumentieren, dass die Orientierung am Allgemeinwohl oder den Interessen der Mehrheit in stark asymmetrischen Gesellschaften häufig keineswegs rational erscheint, da die Mehrheit *nicht* über die notwendigen Ressourcen, den gleichen Zugang und ausreichenden Einfluss verfügt, um politischen Druck auszuüben. Im Gegensatz dazu kann die Missachtung der Interessen der ökonomisch, politisch und sozial privilegierten Bevölkerungsgruppen schnell zur politischen Selbstentmachtung führen.

4. Kulturelle Pluralität vs. liberale Blaupause

Die Frage nach der (Un-)Angemessenheit liberaler Demokratiekonzepte zu stellen, bedeutet wahrzunehmen, dass andere Kulturen und Weltregionen eine eigene demokratische Geschichte haben (Mey 1997). Gleichzeitig heißt es anzuerkennen, dass die Hegemonie des liberalen Demokratieideals *keineswegs* das Ergebnis einer rational-evolutionistischen Überlegenheit westlicher Zivilisations- und Ideengeschichte darstellt, sondern vielmehr ein Ausdruck der global herrschenden Machtasymmetrien ist. Die Diskussion um unterschiedliche demokratische Entwicklungspfade (Carothers 2002) bzw. um die Komplementarität und/oder Konflikte zwischen indigenen Formen der Selbstorganisation und lokalen Entscheidungspraxen sowie der Funktionslogik liberal-demokratischer Systeme wird in verschiedenen Regionen der Welt geführt (vgl. für Lateinamerika Van Cott 2008, Rivera 1990 und Sousa Santos 2004; für Ghana/Afrika Wiredu 2000; für die pazifische Inselwelt/Asien Krüger 2005; für Nordamerika Grinde 1992). Interessant ist dabei, dass Regionen übergreifend durchaus Übereinstimmungen traditionsverbundener gesellschaftlicher Organisations- und lokaler Entscheidungspraxen existieren. Diese zeichnen sich in der Regel durch ererbte, rotative oder gewählte Führungsämter und eine Begrenzung dieser Macht von unten, durch extensive Deliberation und die zentrale Bedeutung von Konsens anstelle von Mehrheitsentscheidungen aus.⁶

Die allein in Bolivien herrschende Vielfalt an indigenen Formen der Selbstorganisation lässt sich nicht einfach vereinheitlichen oder auf das ganze Land und alle sozialen Gruppen übertragen, ohne die alten Fehler oktroyierter Herrschaftsformen zu wiederholen. Plastisch macht das der bolivianische Jurist und Menschenrechtler Farit Rojas im Kontext des kontrovers diskutierten Themas Rechtspluralismus, wenn er sagt, dass jede/r nur nach Maßstäben und Werten be- und verurteilt werden sollte, die diese Person kennt und teilt bzw. nachvollziehen kann. In diesem Sinne bedarf kulturelle Vielfalt demokratischer Pluralität.

5. Politischer Wandel in Bolivien

Eine zentrale Vorbedingung für den Wahlerfolg des indigenen Kokagewerkschafters Evo Morales war der Aufstieg und die gewachsene gesellschaftspolitische Handlungsmacht sozialer und insbesondere der indigenen Bewegungen. Obwohl die Infragestellung der wirtschaftlichen und politischen Liberalisierung in Bolivien nach wie vor eng an konkrete Forderungen nach Umverteilung geknüpft ist, entwickelte sich – anders als in den klassenkämpferisch und kooperativistisch geprägten 1950er- bis 1970er-Jahren – die Ethnisierung des Politischen zu einem zentralen Motor politischer Organisation und Mobilisierung.

Das Misstrauen gegenüber der sich selbst versorgenden politischen Klasse und ihrer direkten Verschränkung mit den Interessen der ökonomischen Eliten sowie die verbreitete Korruption und Ineffizienz staatlicher Organe ließen die Legitimation der politischen Institutionen dahinschmelzen und machten die Krise des liberal-repräsentativen Demokratieprinzips offenkundig. Die klassische Parteienlandschaft und das etablierte System des Paktierens einiger weniger um die Macht wurden daraufhin durch die Wahlerfolge linkspolitischer und indianistischer Parteienneugründungen zunehmend erschüttert.

Der Wahlsieg von Evo Morales und seiner Bewegung zum Sozialismus (MAS) im Dezember 2005 sowie seine triumphale Wiederwahl im Dezember 2009 stellen historische Einschnitte dar. Erstmals in der Geschichte des Landes ist eine Politik im Interesse der bisher marginalisier-

ten indigenen Bevölkerungsmehrheit⁷ möglich. Die vonseiten der Regierung Evo Morales propagierte Dekolonisierung und „Neugründung“ Boliviens setzt zum einen auf die Stärkung des Staates. Dieser wird als Garant für Umverteilung, als Lokomotive für die wirtschaftliche Entwicklung, die Förderung einer pluralen Wirtschaftsordnung sowie die Durchsetzung der nationalen Souveränität betrachtet. D.h. wirtschaftspolitisch zielt die Regierung Morales nicht auf die Abkopplung vom Weltmarkt und dem kapitalistischen Produktionssystem, sondern auf die Rückgewinnung der Kontrolle über die eigenen Ressourcen. Sie setzt auf den Abbau der Außenabhängigkeit, auf Industrialisierung und Diversifizierung, um die nationale Wirtschaft einschließlich des Binnenmarktes zu stärken, sowie – und das ist aus demokratietheoretischer Sicht besonders relevant – um Spielräume für eine gesellschaftliche Neu- und Umverteilung des erwirtschafteten Mehrwertes zu schaffen.

Zum anderen soll das Verhältnis zwischen Staat und Gesellschaft grundsätzlich erneuert und die Gesellschaft zum „handelnden Subjekt“ des Wandels werden, welche sich den Staat aneignen und diesen zukünftig kontrollieren soll (Vega 2009, 25f.). Politisch-institutionell beinhaltet das die Stärkung der subnationalen Ebenen sowie die Transformation des liberal-repräsentativen demokratischen Modells hin zu einer stärker partizipativen und indigen-kommunitär geprägten Demokratie, welche die gesellschaftliche Vielfalt ernst nimmt und reale Ausgleichsmechanismen für die historisch akkumulierten Benachteiligungen zahlreicher Gruppen schafft. Die genannten Zielsetzungen stehen dabei durchaus in einem Spannungsverhältnis, wie sich an den Polen starker Staat versus weitreichende Selbstbestimmung oder wirtschaftliche Entwicklung und Umverteilung versus indigene Territorialrechte und ökologische Belange plakativ illustrieren lässt.

6. Umverteilung, Anerkennung und Repräsentation: Bolivianische Wege und Umwege zur partizipatorischen Parität?

Kriterien, die auf eine egalitäre oder zumindest umfassendere Teilhabe im Sinne Nancy Frasers verweisen, sind wirtschafts- und sozialpolitische Maßnahmen sowie institutionelle Reformen, die sozioökonomische Disparitäten abbauen (Umverteilung) und soziokulturelle Differenzen nicht nur symbolisch aufwerten, sondern auch institutionell übersetzen (Anerkennung), um die Repräsentation und Teilhabe aller zu sichern. Fraser unterscheidet in diesem Kontext in ökonomische und kulturelle Maßnahmen mit *affirmativem* oder *transformativem* Charakter (Fraser 2001, 46–66). Affirmative Umverteilung umfasst klassische Umverteilungsmaßnahmen, wie progressive Besteuerung oder sozialstaatliche Transferpolitiken. Transformative Umverteilung hingegen meint die Veränderung der Produktionsverhältnisse, der geschlechtlichen und der internationalen Arbeitsteilung. Affirmative Anerkennung beinhaltet die Einführung kultureller Sonderrechte bei gleichzeitiger Dominanz des liberalen Universalismus. Transformative Anerkennung zielt auf ein interkulturelles Gesellschaftsmodell, in welchem die verschiedenen Kulturen auf Augenhöhe interagieren (ebd., 55).

Mit Blick auf die Wahlbeteiligung der BolivianerInnen lässt sich festhalten, dass die Inanspruchnahme des aktiven und passiven Wahlrechtes enorm zugenommen hat. So lag die Stimmabgabe bei den vorgezogenen Neuwahlen im Dezember 2005 erstmalig bei 84,5%, die bis dato höchste Wahlbeteiligung überhaupt. Gleich zu Beginn der ersten Regierungsperiode wurden wahlberechtigten BolivianerInnen zudem kostenlos Personalausweise ausgestellt. An der Wahl zur Verfassungsgebenden Versammlung und der ersten Abstimmung über die departamentale

Autonomiefrage im Juli 2006 nahmen mehr als 80% der Wahlberechtigten teil. Das im August 2008 auf die politischen Machtkonflikte mit der Opposition hin erfolgte Abberufungsreferendum, das den Präsidenten und den Vizepräsidenten sowie sieben der neun Präfekten im Amt bestätigte, mobilisierte 83,3% aller WählerInnen. Bei der Volksabstimmung über die neue Verfassung im Januar 2009 erreichte die Wahlbeteiligung erstmals 90,3%. Den bisherigen Rekord stellen indes die landesweiten Neuwahlen im Dezember 2009 mit rund 94% Wahlbeteiligung dar. Zeitgleich wurde in elf von insgesamt zwölf Pilotgemeinden *für* die Einführung indigener Autonomie gestimmt.

Auch hat sich zumindest die numerische Repräsentation von Frauen und indigenen Frauen in der Politik erhöht. So lag der Frauenanteil im Regierungskabinett im Januar 2010 erstmalig bei 50%. Durch die Kabinettsumbildung und die zuletzt im Februar 2011 erfolgten Neubesetzungen sind aktuell zwölf Männer und acht Frauen als MinisterInnen tätig (La Prensa, 16.2. 2011). Im Senat sitzen 47% Frauen und in die Abgeordnetenkammer wurden 2009 25% weibliche Abgeordnete gewählt. Demgegenüber waren 2002 lediglich 14,8% der SenatorInnen und 18,5% der Abgeordneten weiblich (ACOBOL, 25.1. 2010).

Beigetragen zum gestiegenen Vertrauen in die Demokratie haben die rasche Einlösung zentraler Wahlversprechen sowie die vielfältigen sozialpolitischen Anstrengungen der Regierung (La Razón, 6.12. 2010). Zwar fallen die armuts- und vor allem arbeitsmarktpolitischen Erfolge bisher eher gering aus, doch über staatliche Transfers und sozialpolitische Maßnahmen in den Bereichen Bildung, Gesundheit und soziale Sicherung wurden vielversprechende Reformen umgesetzt. Diese sind noch lange nicht gleichbedeutend mit einer strukturellen Neuverteilung von Gütern und Lebenschancen. Sie weiten die staatlichen Sozialleistungen aber erstmals gezielt auf die benachteiligten Sektoren der Gesellschaft aus (Ernst 2009).

Gelungen ist der Regierung zudem die Rückgewinnung der Kontrolle über die eigenen Rohstoffe und in Folge dessen deutliche Steigerungen der Staatseinnahmen einschließlich neuer Verteilungsspielräume. Trotz der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise 2008/2009 kann die Regierung makroökonomisch und fiskalpolitisch beachtliche Erfolge vorweisen. Dazu gehören die erstmals in der Geschichte des Landes durchgängig positive Haushaltsbilanz, die rekordverdächtig angewachsenen Währungsreserven, ein stabiles Wirtschaftswachstum sowie die erfolgte Steigerung der Staatsquote und der ökonomischen Aktivität des Staates von 20% (2005) auf 33% (Bolpress, 29.9. 2010). Was die angestrebte Industrialisierung und Diversifizierung der Wirtschaft, die Stärkung des Binnenmarktes, das Ziel der Ernährungssouveränität und die Förderung *pluraler* Wirtschaftsstrukturen (staatlich, privatwirtschaftlich, kooperativ und kommunitär) sowie das Versprechen einer sozial-ökologisch verträglichen Nutzung der natürlichen Ressourcen angeht, fällt die Bilanz indes sehr viel bescheidener aus (Prada/Arkonada, 18.1. 2011). Viele der ökonomischen Initiativen stehen nach wie vor am Anfang und die jüngeren Entwicklungen verweisen zunehmend in die Richtung einer Neuauflage desarrrollistischer Wachstums- und Modernisierungspolitik vergangener Jahrzehnte (MAS-ISP 2009).

6.1 Die neue Verfassung

Die Basis und den rechtlichen Rahmen des bolivianischen Transformationsprozesses stellt die *neue Verfassung* dar. Diese rückt die plurinationale und multiethnische gesellschaftliche Realität ins Zentrum und stellt somit das Konzept des modernen und als homogen vorgestellten Nationalstaates sowie seine angebliche kulturelle Neutralität infrage. Insofern unterscheidet sich die

jüngste Debatte um den plurinationalen Staat in Bolivien maßgeblich von liberalen Varianten des Multikulturalismus. Das plurinationale Staatskonzept versucht die Gleichwertigkeit von Differenzen aufzunehmen und in veränderte staatliche Institutionen und neue gesellschaftspolitische Praxen zu übersetzen. Wichtige Themen sind die langjährigen Forderungen indigener Gemeinschaften nach Selbstbestimmung und Rechtspluralismus, die Mehrsprachigkeit staatlicher Behörden, indigene Mitspracherechte bei Ressourcenkonflikten, der Aufbau eines interkulturellen Bildungs- und Gesundheitssystems, die Revision der kolonialen sowie liberal-republikanischen Geschichtsschreibung und nicht zuletzt die mentale Dekolonisierung bzw. der Abbau des gesellschaftlich fest verankerten Rassismus. Neu im Sinne einer Transformation des liberal-demokratischen Paradigmas ist zudem die Tatsache, dass indigene Werte und Ethikvorstellungen Eingang in die Verfassung gefunden haben.⁸

Erstmals in der Geschichte des Landes waren alle sozialen Gruppen dazu aufgerufen, sich sowohl mit eigenen Vorschlägen, als auch an der Wahl der Delegierten zur Erarbeitung und Diskussion des neuen Verfassungsentwurfes zu beteiligen. Doch das mit der Opposition ausgehandelte Einberufungsgesetz begünstigte schlussendlich die Repräsentation parteipolitischer Organisationen und sicherte der Opposition de facto ein Vetorecht (Chávez León/Mokrani/Urióna Crespo 2010, 81).⁹ Nach zahllosen Konflikten, kontroversen Verfahrensentscheidungen und langwierigen sowie gewalttätigen Ausschreitungen wurde der nachträglich im Parlament modifizierte Verfassungsentwurf Ende Januar 2009 mit 61,43% der abgegebenen WählerInnenstimmen angenommen. Die neue Verfassung trat am 7. Februar 2009 offiziell in Kraft.¹⁰

Die Verfassung stellt indes nicht den Endpunkt, sondern den Ausgangspunkt für den laufenden Prozess des fortwährenden innergesellschaftlichen Ringens um Erneuerung und Veränderung dar (Vega 2009, 22–30). Aktuell werden zahlreiche Übergangsregelungen, Rahmen- und Einzelgesetze verabschiedet, die der Umsetzung der neuen Verfassung dienen und diese in vielerlei Hinsicht konkretisieren. Zentrale Gesetze¹¹ wurden entgegen anderer Beispiele nicht mit den sozialen Sektoren diskutiert und inhaltlich abgestimmt, zudem fand weder parlamentsintern, noch öffentlich eine breite Diskussion statt.

Die fünf neuen Gesetze beinhalten zum Teil bedeutsame Änderungen und stellen substantielle Erweiterungen des liberal-demokratischen Modells dar. Dazu zählt unter anderem die Einführung einer „Sozialen Kontrolle“, die neben der Exekutive, Legislative, Judikative und dem plurinationalen obersten Wahlorgan als fünfte Gewalt gelten kann und die Arbeit der anderen Gewalten sowie der öffentlichen Verwaltung zukünftig kontrollieren soll. Die Idee der sozialen Kontrolle basiert auf der Idee der aktiven Teilhabe der Gesellschaft, die sich den Staat von unten aneignet, seine Bediensteten in die Pflicht nimmt und die öffentlichen Ausgaben und Investitionen nicht nur kontrolliert, sondern selbst mitgestaltet. Wie die Struktur, die Befugnisse und die Interaktion mit den bestehenden Institutionen konkret aussehen und wie die Einhaltung demokratischer Kontroll- und Transparenzkriterien innerhalb des zivilgesellschaftlichen Kontrollmechanismus selbst gewährleistet wird, muss hier offenbleiben, da die erste öffentliche Anhörung auf nationaler Ebene zur Konstituierung der sozialen Kontrolle Ende März 2011 stattfindet.

6.2 Das neue Wahlrecht

Das Ziel, die Repräsentation und Partizipation bisher nicht- bzw. unterrepräsentierter Gruppen auf allen politisch-administrativen Ebenen sowie im Kontext der Judikative zu verbessern, wird im Folgenden am Beispiel des *neuen Wahlrechtes* geprüft.

Das aktuell geltende Wahlrecht erkennt neben der bestehenden liberal-repräsentativen Demokratie auch direktdemokratische und stärker partizipative Demokratieelemente sowie indigen-kommunitäre Formen der Demokratie an.

Unter direkter und partizipativer Demokratie wird die stärkere Beteiligung der BürgerInnen in der Formulierung und Entscheidungsfindung öffentlicher Politiken verstanden. Um diese zu garantieren, eröffnet das Gesetz die Möglichkeit von Volksabstimmungen und deliberativen Initiativen, wie Volksbefragungen und öffentliche Konsultationsprozesse. Darüber hinaus können Referenden und Versammlungen als Mechanismen bzw. Formen einer direkten Meinungsbildung und Befragung der Bevölkerung einberufen werden und auf nationaler, departamentaler und kommunaler Ebene abgehalten werden, sofern der Gegenstand der Befragung die Einheit und Integrität des bolivianischen Staates und seines Territoriums nicht gefährdet.¹²

Die Konsultations- und Meinungsbildungsprozesse werden vom Staat einberufen. Im Vorfeld von Entscheidungen, die sich auf die Realisierung von Projekten und Investitionen zur Ausbeutung der natürlichen Ressourcen beziehen, sind Konsultationen verbindlich festgeschrieben worden. Die Ergebnisse der Konsultationsprozesse haben allerdings *keinen* rechtlich *bindenden* Charakter.

Um die demokratische Kontrolle über gewählte RepräsentantInnen zu erhöhen, besteht fortan auch die Möglichkeit der vorzeitigen Abberufung aller gewählten AmtsinhaberInnen. Ausgenommen davon sind lediglich die VertreterInnen der Judikative und des Obersten Verfassungsgerichtes.

Die kommunitäre Demokratie gewährt indigenen Gruppen, ihre politischen Rechte im Einklang mit ihrer Kultur und Weltsicht ausüben zu können. Das beinhaltet neben der Anerkennung indigener Rechtssysteme auch die staatliche Anerkennung der indigenen Autoritäten und die Akzeptanz ihrer Wahl im Einklang mit den lokalen Traditionen. Insbesondere die Festschreibung des Rechtspluralismus und die Anerkennung indigener Formen der Selbstrepräsentation weisen *deutlich* über das liberal-demokratische Ideal hinaus. So erfolgt die Wahl indigener Autoritäten im bolivianischen Hochland in der Regel über Akklamation, entscheidend sind dabei weder meritokratische Leistungsprinzipien, noch rhetorische Fähigkeiten, sondern das Rotationsprinzip. Die Übernahme der hierarchisch aufsteigenden Stufenleiter bzw. Ämterabfolge ist für alle männlichen Mitglieder der Familien verpflichtend. Damit sind gesellschaftliches Ansehen, die Zugehörigkeit zur Gemeinschaft sowie das Recht auf Zugang und Nutzung des Kollektiveigentums verbunden. Obwohl sich Geschlechterverhältnisse – insbesondere über die vielfältigen Auswirkungen von Landflucht und Arbeitsmigration – verändern und geschlechtliche Diskriminierungen stärker thematisiert werden, wird Frauen in der Regel nur eine untergeordnete oder die repräsentative Rolle an der Seite ihres Mannes zugestanden, der die Interessen der Familie nach außen vertritt.

Darüber hinaus wird das institutionelle Design bzw. die Übersetzung von WählerInnenstimmen in politische Mandate reformiert. Über die genaue Sitzverteilung und die exakte Zuschneidung der zukünftigen Wahlkreise wird die Plurinationale Versammlung¹³ aber erst nach Abschluss der für 2011 anvisierten Volkszählung entscheiden. Die Neuregelung ist politisch bedeutsam, da sie die genaue Zuweisung der Mandate für die uni- und plurinominalen Wahlkreise¹⁴ sowie die endgültige Anzahl der parlamentarischen Sondersitze für indigene Minoritäten regeln wird.

6.3 Indigene Autonomien

Die verfassungsrechtliche Garantie *indigener Autonomie* stellt einen Meilenstein auf dem Weg der Anerkennung indigener Forderungen und im bisherigen Kampf um ihre Rechte dar. Die Realisierung indigener Autonomie könnte den Grundpfeiler ernsthafter Dekolonisierungsbestrebungen von unten bilden, sowie entscheidend zur Institutionalisierung demokratischer Pluralität und infolgedessen zu einer Ausweitung politischer, sozialer und kultureller Teilhabe beitragen. Insgesamt gilt das über zwei Jahre mit sozialen Sektoren und indigenen Organisationen diskutierte Rahmengesetz für Autonomie und Dezentralisierung als eine der gewichtigsten formallegalen Neuerungen.

Indigene Autonomie bedeutet die gleichberechtigte Anerkennung indigener Organisations-, Entscheidungsstrukturen und Rechtsvorstellungen und somit die Einlösung der langjährigen Forderungen indigener Gruppen nach *kultureller und territorialer Selbstbestimmung* – in Form der zukünftigen Selbstregierung. Die anvisierte Neuverteilung von politischer Macht und entsprechender Entscheidungskompetenzen weist über liberale Modelle der Dezentralisierung zentralstaatlicher Kompetenzen und die Dekonzentration von Ressourcen deutlich hinaus.¹⁵ Darüber hinaus werden zentrale liberal-demokratische Prinzipien wie formale Gleichheit, individuelles StaatsbürgerInnenrecht, Gewaltenteilung und ein allgemein gültiges Rechtssystem sowie einheitliches Staatshandeln territorial begrenzt außer Kraft gesetzt. Die Umsetzung des Autonomieprozesses, der neben indigenen, auch kommunale, regionale und departamentale Autonomien vorsieht, wird zwangsläufig Grenz- und Kompetenzstreitigkeiten befördern und eine Re-Territorialisierung des Landes in Gang setzen. Diese ist nicht als Basisdemokratie oder Rätestruktur konzipiert. Vielmehr existieren auf den unterschiedlichen Ebenen parallel zueinander jeweils autonome Gebietskörperschaften, die jede für sich genommen regiert werden. Das heißt Entscheidungen werden nicht von unten nach oben getroffen und auf der nächsthöheren Ebene durch Delegierte weiter verhandelt, sondern innerhalb der jeweiligen Autonomieeinheiten nach Maßgabe der dort jeweils geltenden Statuten gefällt.

Die internen Debatten, die im Zuge der Ausarbeitung indigener Autonomiestatuten stattfanden, zeigen, dass neben der Anerkennung eigener Werte, Normen und Rechtsauffassungen sowie dem Wunsch nach Bewahrung und Förderung kultureller Identität und lokaler Spezifika, immer auch konkrete wirtschaftliche Verbesserungen im Vordergrund stehen. Indigene Autonomie wird somit als wichtiger Schritt zur Befreiung aus der kulturellen Bevormundung betrachtet, aber zugleich auch als Möglichkeit begriffen, die herrschende Armut und sozio-ökonomische Benachteiligung selbst anzugehen. Sowohl indigene Führungspersonen, als auch die Gemeinschaften erachten die Realisierung produktiver Projekte und eine bessere Planung sowie transparente Investition der knappen Ressourcen als zentral, um die herrschende Armut zu überwinden, lokale Zukunftsperspektiven zu eröffnen und die Abwanderung und permanente oder temporäre Arbeitsmigration von Familienmitgliedern in Städte und Nachbarländer zu verringern.

Im produktiven Sektor ist vor allem die Förderung gemeinschaftlich verwalteter Unternehmen (*empresas comunitarias*) vorgesehen, aber auch zinsgünstige oder zinslose Kleinkredite an Kollektive und Einzelpersonen. Angedacht werden ferner regionale Kooperationen, um die Konkurrenz zwischen den Gemeinschaften zu verringern und beispielsweise die Produktvielfalt zu erhöhen, aber auch leichter Mengengarantien für Binnenmarkt und Export geben zu können. Unsicher bleibt, ob neben den bisherigen zentralstaatlichen Kommunaltransfers zusätzliche Ressourcen zur Fortbildung und Umsetzung der indigenen Autonomien zur Verfügung gestellt werden. In diesem Kontext streiten viele Gemeinschaften für das Eingeständnis der kolonialen

sowie postkolonialen Schuld und eine über die Symbolik hinausgehende materielle Kompensation vonseiten des Staates.

Im Allgemeinen verstehen die ProtagonistInnen die Realisierung indigener Autonomien als historische Chance, die eigene Zukunft selbstbestimmt und besser zu gestalten, aber sie sehen auch Gefahren.¹⁶ Intensiv diskutiert wird, ob und wie die bisher nicht entlohnten indigenen Autoritäten neben ihren rituellen Aufgaben eine effiziente und transparente öffentliche Planung und Verwaltungsarbeit gewährleisten können bzw. wie sie ohne administrativ-technokratische Expertise die Arbeit von bezahltem Fachpersonal effektiv kontrollieren können. All das macht deutlich, dass indigene Autonomie keineswegs als Abspaltung und Rückkehr zu einem vormodernen Urzustand gedacht wird.

Doch bisher gestalteten sich sowohl die Teilnahme an der Abstimmung über die Einführung, als auch die nach wie vor ausstehende Umsetzung der indigenen Autonomieprozesse sehr schwierig. So sorgt die extrem heterogene Interessenlage innerhalb der Regierung, des MAS und den sozialen AkteurInnen selbst für höchst ambivalente Politiken. Die Einführung indigener Autonomien bedeutet nicht nur das Aus für die Kommunalregierungen und ihre bisher bezahlten Amtsposten, sondern beendet auch die parteipolitische Einflussnahme. Grund genug für zahlreiche Konflikte und stark divergierende Interessen auf lokaler Ebene, die zwischen BefürworterInnen und GegnerInnen zum Teil auch gewaltsam ausgetragen werden (La Prensa, 18.8. 2009). Darüber hinaus sind Interessenkonflikte und Streit über die Reichweite und Überschneidungen der Weisungsbefugnisse zwischen den als gleichrangig konzipierten Autonomieebenen sowie um die endgültige Aushandlung des Fiskalpaktes, d.h. die letztendliche Ressourcenverteilung zwischen den einzelnen autonomen Ebenen vorprogrammiert.

Da die Regierung – jenseits der Rhetorik – den Prozess über bürokratische Hürden bisher eher erschwert, als aktiv vorangetrieben hat, liegt zudem die Vermutung nahe, dass der mit dem Autonomieprozess verbundene zentralstaatliche Machtverlust wenig Handlungsanreize bietet. So hat parallel zu der beschriebenen Demokratisierung und zahlreichen Konsultationsprozessen eine deutliche Machtkonzentration im Schoß der Exekutive stattgefunden. Diese führt im politischen Tagesgeschäft zunehmend zu vertikalen Entscheidungslogiken. Die Regierung scheint aktuell jedenfalls kein allzu großes Interesse daran zu haben, die Büchse der Pandora zu öffnen und die Realisierung der Autonomien mit all ihren gewollten und ungewollten Konsequenzen und Konflikten offensiv anzugehen. Demokratietheoretisch spannende Fragen zur konkreten Umsetzung der Autonomien und Möglichkeiten der zukünftigen Vermittlung und Interaktion zwischen indigenen Autonomien und dem liberal-repräsentativen Kommunalssystem sowie den Autonomien auf regionaler und departamentaler Ebene bleiben deshalb vorerst unbeantwortet.

7. Demokratie und Dekolonisierung in Bolivien: Ein ambivalentes Zwischenfazit

Reformen, die für den Versuch einer Ausweitung von Teilhabe bisher Benachteiligter und die Institutionalisierung demokratischer Pluralität stehen, sowie deutlich über das liberale Paradigma hinausweisen, sind definitiv festzustellen. Mit Blick auf die Möglichkeiten demokratischer Pluralität zeigt sich, dass es zukünftig um ein mögliches Mit- und manchmal vielleicht auch nur um ein territoriales Nebeneinander kulturell unterschiedlicher Vorstellungen und Logiken der politischen Organisation und Entscheidungsfindung sowie differierende Rechtsauffassungen gehen wird. Der gerade erst begonnene Suchprozess wird andauern und keine fertige Lösungen und Patentrezepte anbieten, sondern eher mit graduellen und lokal angepassten Lösungen expe-

rimentieren. Entscheidend für das Funktionieren demokratischer Pluralität werden Mechanismen der Koordination und des Ausgleichs sein, die das Zusammentreffen, die Überschneidungen und die Interaktion verschiedener demokratischer Funktionslogiken regeln helfen.

Gleichzeitig entfalten viele der Maßnahmen, die Umverteilung, Anerkennung und Repräsentation anvisieren, bislang keine transformative Wirkung, sondern bleiben in den Worten Frasers der affirmativen oder auch der symbolischen Ebene verhaftet.

Darüber hinaus offenbart sich eine zunehmende Kluft zwischen den formal-legalen Errungenschaften und der oft ambivalenten Realpolitik. Während die Projekte der Regierung in der ersten Regierungsperiode (2006 bis 2009) weitgehend am Widerstand der traditionell Privilegierten scheiterten, sind es aktuell die heterogenen Interessen und unterschiedlichen politischen Visionen innerhalb der Regierung und der ihr nahestehenden sozialen Organisationen selbst, die höchst widersprüchliche politische Dynamiken erzeugen.

Angesichts der innergesellschaftlichen Kräfteverhältnisse, d.h. der Erblast kolonial tradierter Besitz- und Machtverhältnisse und der Gewaltbereitschaft von Teilen der Opposition, erschien die Stärkung der Handlungsmacht der zentralstaatlichen Entscheidungsinstanz zunächst nachvollziehbar, wenn nicht gar alternativlos. In einem hochgradig polarisierten und fragmentierten Land wie Bolivien stellt sich ganz offensichtlich die Frage, wer die versprochene gesamtgesellschaftliche (Um-)Verteilung konsequent angehen bzw. durchsetzen soll? Wer soll in einem Land, in dem unzählige Partikularinteressen und lange aufgestaute Maximalforderungen völlig unterschiedlicher sozialer Organisationen aufeinandertreffen und jede Gruppe traditionell eine Politik im Interesse der eigenen Basis betreibt, die vermittelnde und ausgleichende Perspektive einnehmen? Wer übernimmt die Wahrung und Repräsentation gesamtgesellschaftlicher Interessen, um schrittweise den Abbau der eklatanten Ungleichheit zu ermöglichen?

Genauso dringend aber stellt sich auch die Frage, wer eine starke Instanz – wie aktuell den Präsidenten und die Exekutive in ihrer Rolle und Machtposition effektiv kontrollieren und begrenzen kann?

Theoretisch-konzeptionell weist hier die bolivianische Debatte um die Erneuerung des Verhältnisses zwischen Staat und Gesellschaft und eine sukzessiv wachsende soziale Teilhabe und Kontrolle von unten den richtigen Weg. Praktisch aber schreiten die Institutionalisierung der sozialen Kontrolle und die proklamierte Neuverteilung der politischen Macht bislang kaum voran. Im Gegenteil, die jüngeren Entwicklungen verweisen immer stärker in die gegenteilige Richtung: So haben Führungsanspruch und Machtkonzentration in der Regierung und im MAS im Verlauf der Wahlkampagne im Herbst 2009 extrem zugenommen. Dabei ist der Raum – insbesondere für Kritik aus den eigenen Reihen – sehr klein und nicht etwa größer geworden (Prada/Arkonada, 18.1. 2011).

Andererseits wächst der gesellschaftliche Widerstand gegen die Alleingänge der Regierung vor allem in den eigenen Reihen und es spricht einiges dafür, dass sowohl der Organisationsgrad, als auch die Demokratisierung der bolivianischen Gesellschaft soweit fortgeschritten sind, dass die Umsetzung der hart erkämpften legalen Errungenschaften zukünftig wieder offensiver von unten eingefordert wird.

ANMERKUNGEN

- 1 Nancy Fraser hat früh unterschiedliche, aber eng miteinander verknüpfte Dimensionen sozialer Ungleichheit analytisch differenziert. Das Zusammenwirken aller drei Dimensionen illustriert die Verschränkungen und Überlage-

- rungen von sozialen, ökonomischen und kulturellen Ausschlussprinzipien und erleichtert es, kumulative Effekte von Benachteiligungen in demokratietheoretischer Hinsicht sichtbar zu machen.
- 2 Mit seiner Forderung nach „*public contestation open to participation*“ (1971, 5) benennt Dahl seine Minimalkriterien demokratischer Herrschaft: Wahlbeteiligung und politischer Wettbewerb. Weitere Polyarchie-Dimensionen sind Informations- und Meinungsfreiheit sowie Vereinigungs- und Versammlungsrechte.
 - 3 Die Verschuldung lateinamerikanischer Staaten und ihre Abhängigkeit von internationaler Kreditwürdigkeit eröffneten westlichen Geberländern und den internationalen Finanzinstitutionen erhebliche Möglichkeiten der wirtschaftlichen und politischen Einflussnahme. Einen guten Überblick über die konkreten Maßnahmen der neoliberalen Schocktherapie in Bolivien gibt Isidoro Losada (2006, 12–21).
 - 4 Die über Bolivien hinaus für ihre Stärke und Kampfbereitschaft bekannte Bergarbeitergewerkschaft (COB) galt lange als zweite Macht im Staate und brachte die erste demokratisch gewählte Linkskoalition zu Fall. Die 1985 neu gewählte Regierung nahm die weltweit niedrigen Zinnpreise und die mangelnde Rentabilität des staatlichen Bergbaukonzerns zum Anlass, um die COB über die sofortigen Massenentlassungen im Bergbausektor zu entmachten und so den Hauptwiderstand gegen die „Neue Ökonomische Politik“ zu brechen (Bukes 2000, 80).
 - 5 Einen Überblick über die Entwicklung der staatsbürgerlichen Rechte in Bolivien und die Geschichte ihrer materiellen sowie kulturellen Begrenzungen geben Xavier Albó (2006) und Yvonne Farah (2006).
 - 6 Ausführliche Beschreibungen der präkolonial entstandenen und bis heute noch oder wieder stärker praktizierten Formen der indigenen Selbstorganisation in Bolivien bieten u.a. Rasnake (1989), Rivera (1990) und Diez Astete/Riester et al. (1996).
 - 7 Im Rahmen des Zensus von 2001 bezeichneten sich 62,5% der über 15-Jährigen selbst als indigen.
 - 8 Dazu zählt das andine Prinzip des *ama qhilla* („Du sollst nicht faul sein“), *ama llulla* („Du sollst nicht lügen“) und *ama suwa* („Du sollst nicht stehlen“) sowie indigene Vorstellungen vom „Guten Leben“ bzw. „gut zu leben“ (*suma qamaña*, *sumak kawsay*, *ñandereko*, *teko kavi*, *ivi maraei* und *qhapaj ñan*). All diese Konzepte des *vivir bien* verstehen sich als Alternativen zum wachstumsbasierten Entwicklungs- und Fortschrittsdenken der westlichen Welt. Obwohl es unterschiedliche Akzentuierungen und keine allgemein gültige Definition gibt, geht es darum nicht immer besser leben zu wollen, sondern in Harmonie mit der Natur und anderen gesellschaftlichen Gruppen (ko-)existieren zu können.
 - 9 Auch innerhalb der Verfassungsgebenden Versammlung traten offene sowie unterschwellige Formen von Herrschaft, Diskriminierung und Rassismus zutage. So begünstigte die Sprache, die Verfahren und die Arbeitsweise innerhalb der Kommissionen und des Plenums bildungsnahe Delegierte, die über technokratische Expertise, juristische Vorkenntnisse und rhetorische Fähigkeiten verfügten. Indigene Delegierte vom Land sahen sich hingegen über das Spanische als dominierende Sprache, den vorherrschenden Habitus und das fehlende kulturelle Kapital bei der diskursiven Herstellung von Deutungsmacht strukturell benachteiligt (vgl. Schilling-Vacaflor 2009).
 - 10 Die wichtigsten Neuerungen umfassen: die Stärkung indigener Kollektivrechte; den konstitutionellen Anspruch, den Staat und seine Institutionen an die plurikulturelle Realität anzupassen; weit gefasste soziale, wirtschaftliche und kulturelle Menschenrechte einschließlich eines Privatisierungsverbotes lebenswichtiger Gemeinschaftsgüter; die „Nationalisierung“ der natürlichen Ressourcen und deren Inwertsetzung zum Wohle aller; die Stärkung der Rolle des Staates als wirtschaftlicher Akteur und gesellschaftliche Verteilungsinstanz sowie eine Neuverteilung der politischen Macht über die Einführung von Autonomien.
 - 11 Dazu zählen die Reform des Obersten Verfassungsgerichtes, die Neuregelung des Wahlgesetzes, die Neuordnung des Obersten Plurinationalen Wahlorgans und der Judikative, sowie das neue Rahmengesetz für Autonomie und Dezentralisierung.
 - 12 Auch die Steuergesetzgebung, die innere und äußere Sicherheit, die Verabschiedung und Veränderung von Grund- und Rahmengesetzen, die allgemeinen Menschenrechte, die Mitsprache über den Sitz der staatlichen Organe, Verteidigungsfragen sowie die in der Verfassung festgelegten Kompetenzen der einzelnen Autonomieebenen sind von der Möglichkeit eines Referendums ausgenommen.
 - 13 Die am 6.12. 2009 erstmalig gewählte Plurinationale Versammlung setzt sich aus dem Senat, welcher die regionale Interessenvertretung der neun Departements sichert, und der Abgeordnetenkammer zusammen. Es wurden 36 SenatorInnen, 70 uninominale und 53 plurinominale Parlamentsabgeordnete sowie sieben indigene Abgeordnete neu gewählt. Letztere sollen die Interessenvertretung der 34 konstitutionell anerkannten Tieflandvölker verbessern.
 - 14 In uninominalen Wahlkreisen wird ein Direktmandat vergeben, in plurinominalen Wahlkreisen werden mehrere Mandate nach einem proportionalen Verteilungsschlüssel vergeben.
 - 15 Die Verfassung (Art. 297 bis Art. 305) sieht drei verschiedene Formen von Kompetenzen bzw. Zuständigkeiten vor: Kompetenzen, die allein der zentralstaatlichen Ebene obliegen, geteilte oder konkurrierende Kompetenzen zwischen Zentralstaat und der jeweiligen Autonomieebene und exklusive Zuständigkeiten für die einzelnen Autonomieebenen. Bei Zuständigkeitskonflikten zwischen den autonomen Gebietskörperschaften und/oder dem Zentralstaat sind Schlichtungsverfahren über eine neu eingerichtete nationale Instanz vorgesehen.

- 16 Hier reichen die Ängste von Furcht vor Korruption in den eigenen Reihen über negative Folgen des fehlenden technisch-administrativen und fiskalischen Fachwissens, die Fortsetzung von Schwierigkeiten bei der Realisierung von Planungen und Investitionen, die bereits beim 15-jährigen Kommunalisierungsprozess auftraten, bis hin zum befürchteten Rückzug des Staates aus seiner Verantwortung und der Gefahr einer reinen Selbstverwaltung der herrschenden Armut.

LITERATURVERZEICHNIS

- ACOBOL* (25.1. 2010). Participación vs Representación efectiva de las Mujeres en la Política. Internet: <http://www.acobol.org.bo/portal/default.asp?cg2=306>.
- Albó, Xavier* (2006). Ciudadanía étnico-cultural en Bolivia, in: CNE (Hg.): Ciudadanías en Bolivia, La Paz, 137–271.
- Barnes, Samuel H./Max Kaase* (1979). Political action. Mass participation in five western democracies, Beverly Hills [u.a.].
- Bolpress* (29.9. 2010). Bolivia: Mutaciones del „vivir bien“. Internet: <http://www.bolpress.com/art.php?Cod=2010092908>.
- Bukes, Georg* (2000). Der Zusammenhang von wirtschaftlicher Entwicklung und Demokratisierung. Das Beispiel Bolivien, Hamburg.
- Buchstein, Hubertus/Dirk Jörke* (2003). Das Unbehagen an der Demokratietheorie, in: *Leviathan Zeitschrift für Sozialwissenschaft*, 4/31, 470–495.
- Carothers, Thomas* (2002). The End of the Transition Paradigm, in: *Journal of Democracy*, Vol. 13(1), 5–21.
- Chakrabarty, Dipesh* (2002). Europa provinzialisieren. Postkolonialität und die Kritik der Geschichte, in: *Sebastian Conrad/Shalini Randeria* (Hg.). Jenseits des Eurozentrismus. Postkoloniale Perspektiven in den Geschichts- und Kulturwissenschaften, Frankfurt am Main, 283–312.
- Chávez León, Patricia/Dunia Mokrani Chávez/Pilar Uriona Crespo* (2010). Una década de movimientos sociales en Bolivia, in: *OSAL* 28/XI, 71–93.
- Collier, David/ Steven Levitsky* (1997). Democracy with Adjectives: Conceptual Innovation in Comparative Research, in: *World Politics* 3/49, 430–451.
- Dahl, Robert A.* (1971). Polyarchie. Participation and Opposition, New Haven/London.
- Diez Astete, Alvaro/Jürgen Riestler et al.* (1996). Comunidades, Territorios Indígenas y Biodiversidad en Bolivia, Santa Cruz.
- Ernst, Tanja* (2009). Koloniale Erbe und aktuelle Politik: soziale Ungleichheit und politischer Wandel in Bolivien, in: *dies./Stefan Schmalz* (Hg.): Die Neugründung Boliviens? Die Regierung Morales, Baden-Baden, 125–140.
- Ernst, Tanja* (2010). Postkoloniale Theorie und politische Praxis: Die Dekolonisierung Boliviens, in: *PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft*, Vol. 40(1), 49–66.
- Farah, Yvonne* (2006). La problemática de la ciudadanía socio-económica en Bolivia, in: CNE (Hg.): Ciudadanías en Bolivia, La Paz, 61–135.
- Fraser, Nancy* ([1997] 2001). Die halbierte Gerechtigkeit. Schlüsselbegriffe des postindustriellen Sozialstaats, Frankfurt am Main.
- Grinde, Donald A.* (1992). Iroquois Political Theory and the Roots of the American Democracy, in: *Oren Lyons/John C. Mohawk* (Hg.): Exiled in the Land of the Free: Democracy, Indian Nations, and the U.S. Constitution, Santa Fe, NM.
- Hirsch, Joachim* (2005). Das Ende der liberalen Demokratie. Internet: http://www.links-netz.de/K_texte/K_hirsch_postdemokratie.html.
- Huntington, Samuel* (1991). The Third Wave: Democratization in the Late Twentieth Century, Norman: University of Oklahoma Press.
- Isidoro Losada, Ana María* (2006). Die internationale Sozialpolitik am Beispiel der Sozialfonds in Bolivien, Working Papers 03. Internet: http://www.international.uni-kassel.de/de/pdf/OWP_Working_Paper_3.pdf.
- Jost, Stefan* (2008). Das politische System Boliviens, in: *Klaus Stüwe/Stefan Rinke* (Hg.): Die politischen Systeme in Nord- und Lateinamerika. Eine Einführung, Wiesbaden, 86–113.
- Kohli, Atul* (1993). Democracy amid Economic Orthodoxy: Trends in Developing Countries, in: *Third World Quarterly* 14/4, 671–689.
- Krüger, Coerw* (2005). Transformation zur Demokratie in der pazifischen Inselwelt. Eine Vergleichsstudie des politischen Systemwechsels in Kiribati, Papua-Neuguinea und Samoa, Marburg.
- La Prensa* (18.8. 2009). La autonomía indígena genera pugnas en Potosí. Internet: http://www.laprensa.com.bo/noticias/18-08-09/noticias.php?nota=18_08_09_poli2.php

- La Prensa* (16.2. 2011). Salguero, Rojas y Canelas refuerzan el gabinete de Evo. Internet: http://www.laprensa.com.bo/noticias/16-2-2011/noticias/16-02-2011_11439.php.
- La Razón* (6.12. 2010). La gente aprueba a Evo Morales por su política de bonos sociales. Internet: <http://www.la-razon.com/version.php?ArticleId=122144&EditionId=2368>.
- Madrid, Raúl L. (2007). The Indigenous Movement and Democracy in Bolivia, paper to be presented at the symposium, „Prospects for Democracy in Latin America“, April 5-6, 2007, Denton. Internet: <http://www.psci.unt.edu/Madrid.doc>.
- Martí i Puig, Salvador (2010). Después de la „década de los pueblos indígenas“, ¿qué? El impacto de los movimientos indígenas en las arenas políticas de América Latina, in: *Nueva Sociedad* 227, 68–82.
- MAS-ISP (2009). Bolivia país líder. Programa de Gobierno del MAS-IPSP 2010-1015, LA Paz. Internet: <http://www.scribd.com/doc/19548042/Programa-de-Gobierno-MASIPSP>.
- Mesa-Lago, Carmelo (1994). Changing Social Security in Latin America: Towards Alleviating the Social Costs of Economic Reform, Boulder, Colorado.
- Meschkat, Klaus (1995). Einleitung, in: Ingo Bultmann/Michaela Hellmann/ders./Álvaro Díaz/Jorge Rojas Hernández (Hg.): *Demokratie ohne soziale Bewegung? Gewerkschaften, Stadtteil- und Frauenbewegung in Chile und Mexiko*, Unkel/Rhein – Bad Honnef, 11–26.
- Mey, Harald (1997). Ansatz zu einer intermediär-interkulturellen Soziologie der Demokratie am Beispiel der Problematik von Subsidiarität und Opposition, in: Gert Pickel/Susanne Pickel/Jörg Jacobs (Hg.): *Demokratie. Entwicklungsformen und Erscheinungsbilder im interkulturellen Vergleich*, Frankfurt (Oder)/Bamberg, 55–68.
- O'Donnell, Guillermo (1999). Pobreza y Desigualdad en América Latina: Algunas Reflexiones Políticas, in: Víctor E. Tokman/Guillermo A. O'Donnell (Hg.): *Pobreza y Desigualdad en América Latina: Temas y Nuevos Desafíos*, Buenos Aires, Barcelona, Mexico, 69–93.
- Prada, Raúl/Katu Arkonada (18.1. 2011). En defensa del proceso de cambio y del Pacto de Unidad. Internet: <http://www.bolpress.com/art.php?Cod=2011011804>.
- Rasnake, Roger (1989). Autoridad y Poder en los Andes. Los Kuraqkuna de Yura, La Paz.
- Rivera, Silvia (1990). Democracia liberal y democracia de ayllu: el caso del Norte de Potosí, in: Carlos F. Toranzo Roca (Hg.): *El difícil camino hacia la democracia*, La Paz, 9–52.
- Schilling-Vacaflor, Almut (2009). Diskriminierungsformen und Machtasymmetrien in der Verfassunggebenden Versammlung Boliviens, in: Tanja Ernst/Stefan Schmalz (Hg.): *Die Neugründung Boliviens? Die Regierung Morales*. Baden-Baden, 57–66.
- Schultze, Rainer-Olaf (2004). Demokratie, in: Dieter Nohlen/ders. (Hg.): *Lexikon der Politikwissenschaft. Theorien – Methoden – Begriffe*, München, 124–127.
- Sousa Santos, Boaventura de (2004). Democracia de alta intensidad. Apuntes para democratizar la Democracia, Corte Nacional Electoral de Bolivia, La Paz.
- Ticona, Esteban/Gonzalo Rojas Ortuste/Xavier Albó (Hg.) (1995). Votos y Whiplas. Campesinos y pueblos originarios en democracia, La Paz.
- Van Cott, Donna Lee (2008). *Radical Democracy in the Andes*, Cambridge.
- Vega, Oscar (2009). Wege zum guten Leben. Der bolivianische Verfassungsgebungsprozess, in: Tanja Ernst/Stefan Schmalz (Hg.): *Die Neugründung Boliviens? Die Regierung Morales*, Baden-Baden, 17–31.
- Wiredu, Kwasi (2000). Demokratie und Konsensus in traditioneller afrikanischer Politik. Ein Plädoyer für parteilose Politik, Internet: <http://them.polylog.org/2/fwk-de.htm>.
- Wolff, Jonas (2009). Die externe Förderung von Demokratie und Good Governance zwischen Dominanz und Konvergenz, in: Hans-Jürgen Burchardt (Hg.): *Nord-Süd-Beziehungen im Umbruch. Neue Perspektive auf Staat und Demokratie in der Weltpolitik*, Frankfurt am Main, 245–271.

AUTORIN

Tanja ERNST, geb. 1973, Doktorandin an der Universität Kassel, forscht zu Lateinamerika, Demokratie, Ungleichheit und Ethnizität; aktuelle Publikationen: *Postkoloniale Theorie und politische Praxis: Die Dekolonisierung Boliviens*, in: *PROKLA Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft*, Heft 158, 39. Jg., Nr. 1, Münster: Westfälisches Dampfboot, 49–66; zs. mit Stefan Schmalz (Hg.): *Un balance del primer gobierno de Evo Morales*, La Paz: Plural (im Erscheinen).

Korrespondenzadresse: Universität Kassel, Fachbereich 05, Nora-Platiel-Str. 1, D-34127 Kassel
E-Mail: Tanja.Ernst@uni-kassel.de